*Die* **HOCHBEGABTENFÖRDERUNG** *soll im österreichischen Schulsystem ausgebaut werden. Warum das eine gute Idee ist.*

# Eine Frage der Lehre

**Von Nina Brnada**

Hätten hochbegabte Schülerinnen und Schüler Österreichs eine eigene Stadt, sie würde mehr Einwohner als Salzburg zählen. Bis zu 15 Prozent eines Jahrgangs, also insgesamt rund 170.000 heimische Kinder und Jugendliche, „hätten unter den richtigen Bedingungen und der richtigen Förderung Potenzial zu sehr hohen Leistungen“, sagt Claudia Resch vom Österreichischen Zentrum für Begabtenförderung und Begabungsforschung, das an der Pädagogischen Hochschule in Salzburg angesiedelt ist. Die neuen Pläne der Bundesregierung für die Förderung von Hochbegabten begrüßt Expertin Resch ausdrücklich. Sie sehen vor, dass es ab dem kommenden Schuljahr bis 2030 zumindest vier AHS geben soll, an denen Schülerinnen und Schüler mit besonderen Potenzialen in eigens für Hochbegabte eingerichteten Klassen an bestehenden Gymnasien innerhalb von drei Jahren die Unterstufe absolvieren und auch anschließend die Oberstufe.



ILLUSTRATION: PROFIL, FOTOS: GETTY IMAGES (2)

Das neue Gesetz soll darüber hinaus allen interessierten AHS die rechtliche Möglichkeit bieten, derlei Klassen ebenfalls an ihrem Standort einzuführen. „Es ist definitiv ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Im Bereich der allgemeinen Begabungsförderung wurde in Österreich in den letzten Jahren schon einiges auf den Weg gebracht“, sagt Resch. „Hier geht es nicht in erster Linie um den Leistungsgedanken, sondern um das Wohlergehen von Schülerinnen und Schülern.“ Denn Kinder mit hoher Begabung hätten speziellen Förderbedarf, genauso wie beispielsweise Kinder mit Dyskalkulie. „In Kanada werden sie als Kinder mit ‚besonderen Bedürfnissen‘ bezeichnet.“

### Skepsis gegenüber Elitenförderung

Das Vorhaben von Neos-Bildungsminister Christoph Wiederkehr wird von den Koalitionspartnern SPÖ und ÖVP anstandslos und teils mit Begeisterung mitgetragen. Tatsächlich rührt es aber an einer bildungspolitischen Grundsatzfrage, die von politischen Parteien je nach ideologischer Ausrichtung anders beantwortet wird, zumindest wenn es um die Opposition geht: Ist ein inklusiver Unterricht einem spezialisierten, separaten, auch beispielsweise bei Schülern mit sonderpädagogischen Anforderungen, vorzuziehen oder nicht? Julia Malle, Bildungssprecherin der Wiener Grünen und selbst Lehrerin an einer Wiener AHS, sagt: „Es ist notwendig, die Förderung für hochbegabte Kinder auszubauen, der Bedarf ist da, das sehe ich auch im Schulalltag. Schade nur, dass es nicht inklusiv gedacht wird, wo die Schüler nicht in eigenen Klassen, sondern gemeinsam mit anderen unterrichtet werden.“ Für den Bildungssprecher der FPÖ-Parlamentsfraktion, Hermann Brückl, wiederum ist genau das der Vorteil von Wiederkehrs Plänen: Richtig und wünschenswert sei „ein gesunder Wettbewerb zwischen den Schulstandorten sowie die Tatsache, dass der Lernerfolg umso größer ausfällt, je homogener ein Klassenverband zusammengesetzt ist“.

Das bisherige Gebaren von Wiederkehr als Bildungsminister war vor allem durch seine Bemühungen gekennzeichnet, die Gemeinsame Schule voranzutreiben, und das vergleichsweise durchaus mit Erfolg: Landesweit haben mehr als 40 Schulen Interesse bekundet, bei einem Schulversuch einer sechsjährigen Gemeinsamen Schule teilzunehmen, bei dem Mittelschulen oder gegebenenfalls AHS mit Volksschulen kooperieren, die räumlich nahe beieinanderliegen.

Darüber hinaus passt Wiederkehrs Vorstoß in Sachen Hochbegabtenförderung auch nicht wirklich zur sonstigen Dynamik der Bildungsdebatte, die vor allem von der Diskussion über die Defizite der Schülerinnen und Schüler geprägt ist – und das mit gutem Grund: Die Leistungen der heimischen Schülerinnen und Schüler, mit und ohne Migrationshintergrund, sinken, das zeigen auch neueste Erhebungen. In der aktuellen IKM-Plus-Testung, bei der individuelle Kompetenzen gemessen werden, erreicht bloß ein Viertel der Sekundarstufe I, also AHS-Unterstufen- und Mittelschüler, die Lernziele in den Fächern Deutsch und Mathematik. In dieser Gemengelage wirkt die Frage, wie man Hochbegabte fördern kann, auf den ersten Blick wie eine Themenverfehlung. „Es gibt eine gewisse Skepsis gegenüber Elitenförderung“, sagt Begabungsforscherin Resch. „Man geht davon aus, dass sich begabte Kinder ohnehin leichttun. Aber so einfach ist das nicht – dafür brauchen sie eben die richtigen Bedingungen.“

Was das bedeutet, weiß Edwin Scheiber. Seit 17 Jahren ist er Direktor der Sir-Karl-Popper-Schule, die am Wiedner Gymnasium in Wien als Hochbegabtenschule angesiedelt ist und für den aktuellen Gesetzestext als eine Art Modell diente. Bis dato ist sie die einzige Schule ihrer Art. In der Sir-Karl-Popper-Schule werden seit fast drei Jahrzehnten in je zwei Klassen eines Jahrgangs der Oberstufe Hochbegabte beschult. Bedingung für die Aufnahme sind entsprechende Intelligenztestergebnisse, die aber lediglich die Fähigkeiten des logischen Denkens abbilden. Das allein würde noch keine Rückschlüsse auf die Begabungen der Schülerinnen und Schüler ermöglichen. „Begabung ist etwas, das sich entwickelt“, sagt Scheiber. „Es sind Kinder, die einen gewissen Motor haben.“ Seine Schülerinnen und Schüler lernen oft in offenen Lernformen und vertiefen sich selbstständig in die Themen und selbst gewählten Projekte. „Unsere Schülerinnen und Schüler fördern sich selbst.“

Aus Platzgründen mussten jährlich viele geeignete Schüler schlichtweg abgewiesen werden, die sonst nirgends hingehen könnten. Scheiber sagt: „Viele unserer Schülerinnen und Schüler blühen erst bei uns so richtig auf.“ In anderen Schulen würde man viele von ihnen oftmals als Streber abstempeln; viele würden auffallen, weil sie mehr wissen wollen, mehr machen wollen, intensiver arbeiten möchten. Manchmal auch, weil sie in Regelschulen in eine Lethargie verfallen, weil man dort auf ihre Bedürfnisse nicht eingehen kann.

Dass nun ein Minister der Neos einen Vorstoß wagt, ist einigermaßen interessant, war es doch die Volkspartei, auf deren Drängen diese Hochbegabtenschule überhaupt erst gegründet wurde.

Es waren die Wiener Schwarzen unter ihrem damaligen Parteichef Bernhard Görg, die auf die Gründung der Schule bestanden und sie zur Koalitionsbedingung mit der Wiener SPÖ unter Michael Häupl gemacht hatten. Das ist mittlerweile 30 Jahre her. ■


WIENER STÄDTISCHE Versicherung



**Manuel Schalk, Vorstandsdirektor der Wiener Städtischen**

Foto: Ian Ehm

Info

## Gut abgesichert für die eigene Gesundheit

**Lange Wartezeiten auf Arzttermine und Lücken bei der Versorgung beschäftigen aktuell viele Menschen in Österreich. Damit rückt auch die Frage stärker in den Fokus, wie sich die eigene Gesundheitsvorsorge individuell ergänzen lässt.**

Die Gesundheitsstudie 2026 der Wiener Städtischen Versicherung zeigt: 44 Prozent der Österreicher:innen nehmen eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung innerhalb des vergangenen Jahres wahr. Rund ein Drittel wartet länger als zwei Monate auf einen Termin bei Fachärzt:innen mit Kassenvertrag. „Gerade jüngere Menschen setzen sich zunehmend mit ihrer Gesundheitsvorsorge auseinander und legen dabei Wert auf Flexibilität und individuelle Wahlmöglichkeiten“, sagt Manuel Schalk, Vorstandsdirektor der Wiener Städtischen.

**Mehr Flexibilität im Krankenhaus**

Eine private Sonderklasse-Versicherung bietet zusätzliche Möglichkeiten bei einem Krankenhausaufenthalt. Dazu zählen etwa die freie Wahl von Spital und Ärzt:innen sowie die Unterbringung im Ein- oder Zweibettzimmer. Bei der Wiener Städtischen stehen mit der bestHEALTH-Sonderklasse vier Tarifvarianten mit unterschiedlichen Selbstbehalten zur Auswahl. Der Versicherungsschutz gilt europaweit und kann optional auf eine weltweite Deckung erweitert werden.

Für Kinder bis zum 20. Geburtstag reduziert sich der Selbstbehalt um die Hälfte, zwischen 20 und 40 Jahren entfällt er zur Gänze. Auch bei Unfällen, Geburten und ambulanten Operationen wird unabhängig vom Alter kein Selbstbehalt verrechnet. „Private Gesundheitsvorsorge kann das öffentliche Angebot sinnvoll ergänzen und Patientinnen und Patienten zusätzliche Möglichkeiten bei ihrer medizinischen Versorgung eröffnen“, so Schalk abschließend.